

**TOP:** 13

**Beschlussvorlage**  
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen  
**Federführendes Amt** :Bauamt

Datum  
17.10.2016

Drucksache-Nr.:01-97-2016

**Beratungsfolge**

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Ortsbeirat						
Bau- und Wirtschaftsausschuss	26.10.2016					
Stadtverordnetenversammlung	03.11.2016					

Betreff:

**Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss zum Ergebnis der formellen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg"**

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt nach erfolgter Abwägung der Hinweise und Anregungen, die im Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg" vorgebracht wurden, die in den Beschlussempfehlungen dargelegte Berücksichtigung und Nichtberücksichtigung der Hinweise und Anregungen gemäß der Anlage.

**Beratungsergebnis:**

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :Bürgermeister  
Bearbeiter :Frau Susanne Tamms

.....  
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

#### **Problembeschreibung/Begründung**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen hat am 16. Juni 2016 den Entwurf für den Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg" i.d.F. vom 20. Mai 2016 und die Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen.

Der Entwurf des Bebauungsplans wurde in der Zeit vom 25. Juli 2016 bis einschließlich 25. August 2016 öffentlich ausgelegt. Während dieser Frist konnte die Öffentlichkeit Einsicht in die Planung nehmen und Anregungen abgeben. Es ist während der öffentlichen Auslegung eine Stellungnahme mit Anregungen aus der Öffentlichkeit eingegangen.

Mit Schreiben vom 26. Juli 2016 sind 12 Behörden und sonstige Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, an der Bauleitplanung beteiligt worden. Für Stellungnahmen ist eine Frist bis zum 29. August 2016 gesetzt worden. Von den Behörden bzw. sonstigen Trägern öffentlicher Belange haben acht eine Stellungnahme abgegeben.

Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Die Ergebnisse der Auswertung der im Rahmen der Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen wurden in die Satzungsfassung des Bebauungsplans Nr. 60 "Ziegeleiweg" vom 03. November 2016 berücksichtigt. Änderungen der Grundzüge der Planung ergaben sich nicht.

#### **Anlage**

Auswertungstabelle der formellen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

gez. Susanne Tamms  
Bau- und Ordnungsamtsleiterin

.....

.....

**Stadt Kremen**

**Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg"**

**AUSWERTUNG**

**der formellen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
vom 25. Juli mit Frist bis zum 25. August 2016**

**und**

**der formellen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB  
vom 26. Juli mit Frist bis zum 29. August 2016**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen hat am 16. Juni 2016 den Entwurf für den Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg" i. d. F. vom 20. Mai 2016 und die Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen.

Der Entwurf des Bebauungsplans wurde in der Zeit vom 25. Juli 2016 bis einschließlich 25. August 2016 öffentlich ausgelegt. Während dieser Frist konnte die Öffentlichkeit Einsicht in die Planung nehmen und Anregungen abgeben. Es ist während der öffentlichen Auslegung eine Stellungnahme mit Anregungen aus der Öffentlichkeit eingegangen.

Mit Schreiben vom 26. Juli 2016 sind 12 Behörden und sonstige Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, an der Bauleitplanung beteiligt worden. Für Stellungnahmen ist eine Frist bis zum 29. August 2016 gesetzt worden. Von den Behörden bzw. sonstigen Trägern öffentlicher Belange haben acht eine Stellungnahme abgegeben.

## A Übersicht der eingegangenen Stellungnahmen

### Stellungnahmen der Behörden

Stn	Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme
<b>100</b>	<b>Landkreis-Beörden</b>	
101	Landkreis Oberhavel, FB rechtliche Bauaufsicht / Planung	22.08.2016, 12.10.2016
<b>200</b>	<b>Landesbehörden Brandenburg</b>	
201	Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg	12.10.2016
203	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Baudenkmalpflege	-
204	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Bodendenkmalpflege	27.07.2016
206	Landesbetrieb Straßenwesen	24.08.2016
209	Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Regionalabteilung West	23.08.2016
<b>400</b>	<b>Ver- und Entsorgungsbetriebe</b>	
401	Zweckverband Kremen	-
406	Oberhavel Verkehrsgesellschaft mbH	-
408	Wasser- und Bodenverband Schnelle Havel	08.08.2016
<b>500</b>	<b>Kirchen, Kammern, Vereine und Verbände</b>	
507	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR	25.08.2016
<b>600</b>	<b>Nachbargemeinden</b>	
601	Gemeinde Löwenberger Land	-

<b>Stn</b>	<b>Behörde oder sonstiger Träger öffentlicher Belange</b>	<b>Datum der Stellungnahme</b>
606	Fontanestadt Neuruppin	03.08.2016
<b>700</b>	<b>Private</b>	
701	Alten- und Pflegeheim Kremmen	-

**Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit**

B	Privatperson	25.08.2016
---	--------------	------------

## B Auswertung der Stellungnahmen und Abwägungsvorschläge

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
<b>Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange</b>			
101.1 Stn. vom 22.08.2016	Einleiten- de Ber- merkun- gen	<p>Zur Beurteilung wurden mir neben dem Anschreiben folgende Unterlagen vorgelegt:</p> <p>Entwurf des BPL Nr. 60 „Ziegeleiweg“ mit Begründung und Planwerk im Maßstab 1 : 1.000 (Stand 20.05.2015).</p> <p>Die Stellungnahme des Landkreises Oberhavel vom 30.11.2015 (Reg.-Nr. I/56/15B1) zum Vorentwurf des Bebauungsplanes behält zu den nicht berücksichtigten Sachverhalten weiterhin Gültigkeit, sofern sie nicht durch aktuelle Entwicklungen überholt sind. Zum nun vorliegenden Entwurf Stand 20.05.2016 werden nachfolgende Anmerkungen gemacht. Ich bitte Sie, diese in den Abwägungsprozess einzubeziehen.</p> <p>Die formellen und materiellen Regelungsinhalte sowie Erfordernisse, die aus weiteren Rechtsvorschriften entstehen, bleiben von dieser Stellungnahme unberührt.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Keine Abwägung erforderlich.</b></p>
101.2	Festset- zung öf- fentliche Straßen- bäume	<p><u>Begründung:</u></p> <p>a) "Öffentliche Stellplätze"</p> <p>Laut Begründungstext Pkt. 1.2 "Anlass und Erforderlichkeit" (S. 6) sind im Plangebiet entlang der öffentlichen Straßen auch 10 öffentliche Stellplätze geplant. Unter Punkt 5.2 "Verkehr" (S. 16) wird vertiefend hierzu ausgeführt, dass die vorgesehene Mischverkehrsfläche auf 7,5 m ausgebaut werden soll und neben den öffentlichen Stellplätzen (Absatz 1) auch insgesamt 3 Fahrbahnaufweitungen für den Begegnungsfall Pkw/Lkw (Absatz 3) vorgesehen sind. Diese getroffenen Aussagen stehen jedoch grundsätzlich unter Vorbehalt, denn wie in Absatz 1 kor-</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt.</p> <p>Der Bebauungsplan wird um die Festsetzung Nr. 2 erweitert, worin bestimmt wird, dass innerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche zehn öffentliche Stellplätze herzustellen sind.</p> <p><b>Abwägungsvorschlag</b></p> <p><b>Keine Änderung der Planung (nur Anpassungen der Planzeichnung)</b></p>

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
101.3	Geltungsbereich Flächen-nutzungs-plan	<p>rekt angeführt, "...ist die Einteilung der Straßenverkehrsfläche nicht Gegenstand des Bebauungsplanes". Die Umsetzbarkeit der planerischen Intentionen der Realisierung von 10 Stellplätzen wäre somit zu untersetzen. Gegebenenfalls sind Festsetzungen zu ergänzen.</p> <p>b) "<u>Flächennutzungsplanung</u>"</p> <p>Unter Pkt. 3.3 "Flächennutzungsplanung" wird auf Seite 10 ein "Ausschnitt des Flächennutzungsplanes" abgebildet (Abb.2), welcher den Geltungsbereich des Plangebietes darstellt. Dieser dargestellte Geltungsbereich entspricht nicht dem Geltungsbereich der im Parallelverfahren befindlichen 13. Änderung des Teilflächennutzungsplanes (Teil-FNP). Geltungsbereich und korrekte Bezeichnung des abgebildeten Auszuges aus dem Teil-FNP sind aus Gründen des Verständnisses und der Rechtsklarheit zu korrigieren.</p>	<p>Nicht der Auszug zur FNP-Änderung in der Begründung war in Bezug auf den nordöstlichen Verlauf des Geltungsbereiches fehlerhaft, sondern die Darstellung in den Planunterlagen zur FNP-Änderung selbst. Diese wurden nun korrigiert.</p> <p><u>Abwägungsvorschlag</u></p> <p><b>Keine Änderung der Planung</b></p>
101.4	Baum-pflanzun-gen	<p>c) <u>Baumpflanzungen</u></p> <p>Unter Punkt 5.5 "Grünordnerische Festsetzungen" (S. 16/2. Absatz) wird angeführt, dass gemäß textlicher Festsetzung Nr. 3 auf der "geplanten Grünfläche/Spielplatz drei Bäume gepflanzt werden" sollen. In der textlichen Festsetzung Nr. 3 wird jedoch das Pflanzen von zwei Bäumen innerhalb der öffentlichen Grünfläche festgesetzt. Die Angaben sind in Übereinstimmung zu bringen.</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die Begründung wird korrigiert. Die Textliche Festsetzung ist korrekt.</p> <p><u>Abwägungsvorschlag</u></p> <p><b>Keine Änderung der Planung (nur Korrektur der Begründung)</b></p>
101.5	Legende	<p><u>Planzeichnung:</u></p> <p>a) Die Bezeichnung der einzelnen Baugebiete (WA1-4) wurde zwar hinsichtlich einer Nummerierung (hier für WA<sub>n</sub>-1") in der Legende angegeben. Die Bedeutung der Zahlen wurde jedoch in der Legende nicht erklärt und ist insofern zu ergänzen</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die Legende wird korrigiert.</p> <p><u>Abwägungsvorschlag</u></p> <p><b>Keine Änderung der Planung (nur Anpassungen der Planzeichnung)</b></p>

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
101.6	Straßenbegrenzungslinie	b) Bei Darstellung öffentlicher Verkehrsflächen sind diese in der Planzeichnung durch Straßenbegrenzungslinien (Planzeichen 6.2. PlanzV) abzugrenzen. Im vorliegenden Entwurf erfolgte dies ausschließlich für die „Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung“. Für die „öffentlichen Verkehrsflächen“ erfolgte dies nicht. Hier ist der Plan zu ergänzen. „Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, welche nicht vorrangig der öffentlichen Erschließung dienen, erhalten üblicherweise keine Straßenbegrenzungslinie (MIR Brandenburg/Arbeitshilfe Bau- und Planungsplanung/November 2014/Pkt. B 11/1-6).“ Der Sachverhalt ist zu prüfen und die Planzeichnung zu überarbeiten.	Die Hinweise werden berücksichtigt. Die Straßenbegrenzungslinie wird für die öffentliche Straßenflächen eingefügt und für die Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung entfernt. <b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung (nur Anpassungen der Planzeichnung)</b>
101.5	Untere Naturschutzbehörde Eingriffsregelung	Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit auf Grundfachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können <u>2.1.1 Einwendungen zur Eingriffsregelung</u> Die Festsetzungen zur geplanten Grundflächenzahl (GRZ) haben sich in der vorliegenden Planfassung geändert (Planzeichnung GRZ 0,2 und 0,3). Der Umweltbericht bezieht sich durchgehend auf eine GRZ 0,2 (Umweltbericht S. 19; Tabelle „Planung“ S. 24). Die Bilanzierung des Eingriffes/Ausgleiches entspricht insofern nicht der aktuell geänderten Planung und ist zu überarbeiten.  Im Zuge der Eingriffsbilanzierung sind die gesamten Baum- und Gehölzbestände (Hecken, Gebüsche usw.) zu berücksichtigen. Hierzu ist eine Baumliste (Art, Stammumfang [StU], vorhandene Höhlen) den Planungsunterlagen beizufügen, die einen Bezug zu den zeichnerischen Darstellungen der Biotopenkartierung ermöglicht. Die Bilanzierung der Gehölzverluste entspricht nicht den fachlichen Anforderungen (z. B. Kompen-	Die Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung im Umweltbericht wurde korrigiert. Die beabsichtigte Ausgleichsmaßnahme über den Flächenpool erhöht sich entsprechend. Als Anhang zur Begründung wurde eine Baumliste ergänzt. Der Untere Naturschutzbehörde wurden die angepassten Planunterlagen zur erneuten Prüfung zugesandt. Die angepassten Planunterlagen entsprechen nun den fachlichen Anforderungen (vgl. Punkt 101.11 dieser Auswertung). Die Zustimmung zur geplanten Kompensation der Versiegelung über den Flächenpool wird zur Kenntnis genommen. <b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung (nur Anpassungen der Begründung)</b>



Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
101.6	Untere Naturschutzbehörde Artenschutz	<p>sationsfaktoren Baumverluste, Berücksichtigung flächige Gehölzverluste). Die Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung kann daher nicht abschließend beurteilt werden.</p> <p>Die geplante Kompensation der Versiegelung über den Flächenpool Krenmener Luch wird seitens der unteren Naturschutzbehörde (uNB) grundsätzlich begrüßt.</p> <p>2.1.1.1 Rechtsgrundlagen §§ 18 und 19 BNatSchG, §§ 1 und 1a BauGB 2.1.1.2 Möglichkeiten der Überwindung Überarbeitung der Eingriffsbewertung und Ausgleichsplanung</p> <p>2.1.2 Einwendungen zum Artenschutz Gemäß Artenschutzbeitrag wurden zwei Kohlenmeisenreviere nachgewiesen, wobei die Bruthöhlen nicht verortet werden konnten. Aus den Unterlagen geht nicht hervor, ob das Vorkommen weiterer dauerhafter Niststätten/Quartiere ausgeschlossen werden kann. Die dargestellten Konflikte und Auswirkungen finden nur unzureichende Berücksichtigung bei der Planung von Vermeidungs-, Minderungs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes. Dies betrifft insbesondere die Anzahl der Ersatzquartiere, den Ort der Anbringung und den zeitlichen Ablauf der Umsetzung (Gewährleistung der dauerhaften ökologischen Funktion).</p> <p>Eine Untersuchung auf das Vorkommen von Reptilien und Amphibien fand nicht statt, obwohl zumindest für Reptilien Lebensraumpotenziale im Plangebiet vorhanden sind.</p> <p>2.1.2.1 Rechtsgrundlagen §§ 44 BNatSchG 2.1.2.2 Möglichkeiten der Überwindung</p>	<p>Das Artenschutzgutachten wurde wie folgt ergänzt: "2.3.1 Kohlmeise <i>Parus major</i>: Im Untersuchungsgebiet waren 2 Reviere der Kohlmeise nachzuweisen. Die Reviere verteilen sich über das Untersuchungsgebiet, sind aber an älteren Baumbestand mit Höhlen gebunden. Die geringe Anzahl der Kohlmeisenreviere ist offensichtliche Folge des Mangels an Nistmöglichkeiten. Kohlmeisen nisten in Baumhöhlen und in einer Vielzahl baumhöhlenähnlicher Nischen, die als dauerhaft geschützt-te Lebensstätten zu bewerten sind. Die Kohlmeise ist selbst in Städten regelmäßig nachzuweisen und brütet häufig in Parkbäumen. Die Eier werden ab Ende März/Anfang April gelegt, gelegentlich bereits Anfang März. Es erfolgen 1-2 Bruten pro Jahr. Die 7-10 Eier werden 13-14 Tage bebrütet. Die Jungen fliegen nach 18-21 Tagen aus. Die letzten Jungtiere werden Mitte Juli flügge. Die Kohlmeise gilt in Berlin und Brandenburg ebenso wie in Deutschland als „ungefährdet“ und ist „besonders geschützt“. Ihre Bruthöhlen sind als „dauerhaft geschützte Lebensstätten“ zu bewerten. (...)</p> <p>Bei den vielfachen Geländebegehungen gelangen keine Zu-</p>

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
		Der Artenschutzfachbeitrag ist entsprechend zu qualifizieren, d. h. die Untersuchungsintensität anhand der Mindestanforderungen zu Anzahl der Begehungen und Zeitpunkt der notwendigen Kartierungen ist zu überarbeiten oder die im Rahmen der Potentialanalyse als notwendig identifizierten Maßnahmen sind im weiteren Planungsverlauf zu berücksichtigen.	<p><i>fallsbeobachtungen von Reptilien. Auch ist der Lebensraum für das Vorkommen von Reptilien ungeeignet. Für das Vorkommen von Zauneidechsen fehlen unentbehrliche Teilebensräume: Die untersuchten Flächen sind zu dicht bewachsen, so dass keine exponierten Plätze für Sonnenbäder vorhanden sind. Andere Reptilienarten sind stark an Waldstrukturen (Blindschleiche) oder Gewässer (Ringelnatter) gebunden. So ist das Vorkommen von Reptilien entsprechend der Biotopanalyse und der vielfachen Begehungen auszuschließen. Darüber hinaus ist das Untersuchungsgebiet offensichtlich nicht mit anderen Vorkommensgebieten von Reptilien vernetzt."</i></p> <p>Der Untere Naturschutzbehörde wurden die angepassten Planunterlagen zur erneuten Prüfung zugesandt. Die angepassten Planunterlagen entsprechen nun den fachlichen Anforderungen (vgl. Punkt 101.11 dieser Auswertung).</p> <p>Die Anzahl der Ersatzquartiere, den Ort der Anbringung und den zeitlichen Ablauf der Umsetzung wird im städtebaulichen Vertrag geregelt.</p> <p><b>Abwägungsvorschlag</b></p> <p><b>Keine Änderung der Planung (nur Anpassungen der Begründung)</b></p>
101.7	Verkehr	<p>3.1.1 Hinweise</p> <p>Gegen das Vorhaben bestehen straßenverkehrsbehördlich keine Bedenken. Nachfolgende Hinweise sind jedoch frühzeitig zu berücksichtigen:</p> <p>Die öffentlichen Verkehrswege werden mit einer nutzbaren Breite von 4,0 m geplant (Begründungstext S. 13/Pkt. 5.2 „Verkehr“). Damit wird die Straßenstrecke als eng definiert. Die beschriebenen Fahrbahnaufweitungen für den Begegnungsfall</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine straßenverkehrsbehördliche Bedenken bestehen.</p> <p>Die weiteren Hinweise werden bei der Ausführungsplanung der Straßen im Plangebiet berücksichtigt.</p> <p><b>Abwägungsvorschlag</b></p> <p><b>Keine Änderung der Planung</b></p>

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
101.8	Bevölkerungs- und Ordnungswidrigkeiten	PKW/LKW müssen aus Gründen der Sicherheit und Ordnung in ihrer Länge so bemessen sein, dass ggf. mehrere PKW diese zeitgleich nutzen können. Die Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) sowie der Ortsdurchfahrten-Leitfaden Brandenburg 2011 sind zu beachten.  4.1.1 Hinweis Fischereirechtliche Belange werden durch das Vorhaben nicht berührt. Sollte das Vorhaben Auswirkungen auf bejagbare Flächen haben oder in der Folge zum Wegfall bejagbarer Flächen führen, ist die betroffene Jagdgenossenschaft zu beteiligen.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine fischereirechtlichen Belange berührt werden. <b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung</b>
101.9	Brand-schutz	5.1.1 Hinweis Ergänzend zur Stellungnahme zum Vorentwurf des vorliegenden Bebauungsplanes ist brandschutztechnisch zu berücksichtigen, dass der Hydrantenabstand allgemein mit „meist unter 150 m“ angegeben wird (Arbeitsblatt W400 Teil-Technische Regeln Wasserverteilungsanlagen [TRWW], Teil 1:Planung).	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die brandschutz-technischen Anforderungen werden in der Bauausführung berücksichtigt. <b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung</b>
101.10	Schluss-bemer-kungen	Diese Stellungnahme entbindet nicht von notwendigen Abstimmungen oder Genehmigungen. Für ein Erörterungsgespräch mit Bezug auf die o. g. Satzung steht die im Briefkopf genannte Sachbearbeiterin bei Bedarf gerne zur Verfügung.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. <b>Keine Abwägung erforderlich</b>
101.11 Stn. vom 12.10.2016	Aus-gleichs-re-gelung + Arten-schutz	vielen Dank für die Änderungsübersicht. Hierzu meine Einschätzung: 1. Eingriffsregelung Die angemerkten Widersprüche in den Unterlagen wurden behoben. Einer Kompensation über Maßnahmen im Flächenpool Kremmen der Flächenagentur Brandenburg wird seitens der UNB zugestimmt. Diese Maßnahmen sind entsprechend der in der HVE 2009 genannten Flächenverhältnisse für die Eingriffe ver-	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die ergänzenden Planunterlagen nun den fachlichen Anforderungen entsprechen. <b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung</b>

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
201.1	Anpassung an die Ziele der Raumordnung	<p>traglich mit der Flächenagentur zu fixieren.</p> <p>2. Artenschutz</p> <p>Die Einwendungen zum Artenschutz wurden berücksichtigt. Das Artenschutzgutachten und die abgeleiteten Maßnahmen entsprechen den fachlichen Anforderungen.</p> <p>Die Einwendungen der unteren Naturschutzbehörde wurden gemäß der vorliegenden Unterlagen ausreichend im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung für die Planungsabsicht haben wir Ihnen in unserer Zielmitteilung vom 02.12.2015 (damals zum Bebauungsplan Nr. 40 "Ziegeleiweg") mitgeteilt. Die Inhalte dieser Stellungnahme haben weiterhin Gültigkeit.</p> <p>Bebauungsplan:</p> <p>Auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung kann auf der Grundlage Ihrer ergänzenden Angaben und Unterlagen festgelegt werden, dass die Planung an die Ziele der Raumordnung angepasst ist. Es werden ca. 2,9 ha der zusätzlichen Entwicklungsoption gemäß Ziel 4,5 Abs. 2 LEP B-B in Anspruch genommen, die maximal mögliche Obergrenze von 3,7 ha für die Stadt Kremen wird aber nicht überschritten. Der Bebauungsplan Nr. 57 "Am Sittelskanal" ist als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB in Kraft getreten, so dass für die in ihm festgesetzten Wohnsiedlungsflächen die zusätzliche Entwicklungsoption nicht in Anspruch genommen wird.</p> <p>Flächennutzungsplan:</p> <p>Auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung kann die Anpassung an die Ziele der Raumordnung derzeit zwar nicht festgelegt werden, da in den verschiedenen Teilflächennutzungsplä-</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Bebauungsplan an die Ziele der Raumordnung angepasst ist.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass eine Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes erforderlich ist.</p> <p><b>Abwägungsvorschlag</b></p> <p><b>Keine Änderung der Planung</b></p>

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
		<p>nen der Stadt Kremen erhebliche Flächenpotenziale dargestellt sind, die nicht durch "Innenentwicklung" im Sinne des LEP B-B realisiert werden können und die in der Summe in jedem Fall das gemäß Ziel 4,5 Abs. 2 LEP B-B zulässige Maß der zusätzlichen Entwicklungsoption übersteigen.</p> <p>Die Stadt Kremen beabsichtigt jedoch, ab 2017 einen neuen Flächennutzungsplan (FNP) für das gesamte Gemeindegebiet aufzustellen, was wir sehr begrüßen. Dazu soll am 03.11.2016 ein Aufstellungsbeschluss gefasst werden. Hier kann ggf. eine Anpassung an die Ziele der Raumordnung erreicht werden, indem die Darstellungen zusätzlicher Wohnsiedlungsflächen (insbesondere die erheblichen Potenziale von mindestens 20 ha in den Ortsteilen Kremen und Staffelde) entsprechend reduziert werden. Im Rahmen der Neuaufstellung des FNP sind die Wohnflächenpotenziale insgesamt hinsichtlich ihrer Anpassung an die Ziele der Raumordnung zu überprüfen. Für weitere Fragen oder Abstimmungen stehen wir gerne zur Verfügung.</p>	
201.2	Hinweise zum LEP HR	<p>Hinweise</p> <p>Der am 19.07.2016 von den Landesregierungen in Berlin und Brandenburg gebilligte Entwurf zum Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) befindet sich zzt. im Aufstellungs- und Beteiligungsverfahren. Bis zum 15.12.2016 besteht die Möglichkeit, Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Planentwurf abzugeben.</p> <p>Dieser Entwurf kommt bei der Beurteilung der Planungsabsicht jedoch noch nicht zur Anwendung, da für die hier relevanten Regelungsbereiche die Festlegungen des rechtswirksamen LEP B-B bis zum Inkrafttreten des LEP HR verbindlich bleiben, Gleichwohl weisen wir darauf hin, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Regelung des LEP HR-Entwurfs zur Wohnsiedlungsentwick-</li> </ul>	<p>Die Hinweise zum LEP HR werden zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Abwägungsvorschlag</b></p> <p><b>Keine Änderung der Planung</b></p>

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
		<p>lung für den örtlichen Bedarf im Rahmen der Eigenentwicklung gegenüber der Regelung im LEP B-B (Innenentwicklung und zusätzliche Entwicklungsoption) modifiziert werden soll. Gemäß Z 5.7 LEP HR-Entwurf soll der örtliche Bedarf für die Eigenentwicklung mit einem Umfang von bis zu fünf Prozent des Wohnungsbestandes der Gemeinden bzw. Gemeindeteile (Stand 31. Dezember 2018 bzw. des Jahres vor Inkrafttreten) für einen Zeitraum von zehn Jahren für zusätzliche Wohneinheiten (WE) festgelegt werden. Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des LEP HR rechtsverbindliche Bebauungspläne gelten im Hinblick auf die möglichen Wohneinheiten als an Z 5.7 angepasst, die darin enthalten noch nicht realisierten Wohneinheiten sollen auf den örtlichen Bedarf angerechnet werden. Hierfür sind sowohl diese Nachverdichtungspotenziale als auch die neu geplanten WE durch die Gemeinde zukünftig zu ermitteln und gegenüber der GL mitzuteilen,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Kulisse des Freiraumverbundes nach der Festlegungskarte zum LEP HR-Entwurf im Gemeindegebiet von Kremmen gegenüber dem LEP B-B verändert ist. Innerhalb des Freiraumverbundes sollen gemäß Z 6.2 LEP HR-Entwurf raumbedeutsame Inanspruchnahmen, die die räumliche Entwicklung oder Funktion des Freiraumverbundes beeinträchtigen, regelmäßig ausgeschlossen sein. Eine Inanspruchnahme des Freiraumverbundes soll nur in Ausnahmefällen nach den Kriterien des Z 6.2 LEP HR-Entwurf möglich sein.</li> </ul> <p>Diese Stellungnahme gilt solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.</p>	
204.1	Boden-	Zu den Planungen haben wir mit Schreiben vom 30.11.2015	Es wird zur Kenntnis genommen, dass es hinsichtlich boden-

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
	denkmale	Stellung genommen. Hinsichtlich bodendenkmalpflegerischer Belange gibt es seitdem keine neuen Erkenntnisse, die die o.g. Planungen berühren würden. Somit besitzt unsere Stellungnahme vom 30.11.2015 weiterhin ihre Gültigkeit.	denkmalpflegerischer Belange keine neuen Erkenntnisse gibt, die die Planung berühren. <b><u>Abwägungsvorschlag</u></b> <b>Keine Änderung der Planung</b>
204.2	Boden- denkmale	<i>Stellungnahme vom 30.11.2015</i> Im Bereich der genannten Planung sind bisher keine Bodendenkmale bekannt. Als brandenburgische Fachbehörde für Bodendenkmale weisen wir jedoch darauf hin, dass nach dem „Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale und Bodendenkmale im Land Brandenburg vom 24. Mai 2004“ (GVBl Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff.) folgende Verpflichtungen bestehen:  1. Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, z.B. Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Stein- oder Metallgegenstände, Knochen o.ä., entdeckt werden, sind diese unverzüglich der Unteren Denkmal-schutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 u. 2 BbgDSchG). Die aufgefundenen Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige, auf Verlangen der Denkmalschutzbehörde ggf. auch darüber hinaus, in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).  2. Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG).  Bausührende sind über diese gesetzlichen Auflagen zu belehren. Die Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufga-	<i>Die Stellungnahme wurde mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Juni 2016 bereits wie folgt abgewogen worden:</i>  Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.  Die Hinweise zum Denkmalfund betreffen nicht das Bebauungsplanverfahren, sondern das Baugenehmigungsverfahren bzw. die Bauausführung, und finden entsprechend erst zu diesem Zeitpunkt Berücksichtigung. Die Anregungen werden an den Vorhabenträger weitergeleitet.  <b><u>Abwägungsvorschlag</u></b> <b>Keine Änderung der Planung</b>

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
206	Verkehr	<p>ben und Befugnisse der Seite 2 Fachbehörde für Bodendenkmale als Träger öffentlicher Belange (§ 17BbgDSchG).</p> <p>Mit Schreiben vom 28.07.2016 beteiligten Sie den Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Eberswalde als Träger öffentlicher Belange an der o. g. Planung.</p> <p>Die Prüfung der eingereichten Unterlagen hat ergeben, dass sich das Planungsgebiet in der Ortslage Kremmen befindet. Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes erfolgt über den Ziegeleiweg und der Straße An der Mühle mit Anbindung an die Landesstraße 170. Die Bundesstraße 273 (neu L 170) wurde in den letzten Jahren im Kremmener Bereich ausgebaut.</p> <p>Gegen die Anbindung des Plangebietes, an die vorhandenen Zufahrten bestehen seitens des Landesbetriebes Straßenwesen grundsätzlich keine Bedenken. Sollte jedoch eine neue Zufahrt für das Plangebiet vorgesehen/geplant oder eine Änderung der Zufahrt an die L 170 verändert werden müssen, so ist ein Antrag im Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Eberswalde zu stellen.</p> <p>Ich weise darauf hin, dass der Bauherr /Investor für den eventuell erforderlichen Lärmschutz selbst verantwortlich ist.</p> <p>Flächenrelevante Planungsabsichten bestehen unsererseits nicht in diesem Gebiet. Dem o.g. Bebauungsplan wird zugestimmt.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass seitens des Landesamts für Straßenbau und Verkehr keine grundsätzlichen Bedenken bestehen und dem Bebauungsplan zugestimmt wird.</p> <p><b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung</b></p>
209.1	Immissionsschutz	<p>Die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuverlässigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG §126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass seitens der Fachabteilung Immissionsschutz keine Bedenken bestehen.</p> <p><b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung</b></p>



Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
		<p>dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Anregungen und Hinweise übergeben.</p> <p><u>Immissionsschutz</u></p> <p>Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:</p> <p>Zu o.g. Entwurf bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes keine Bedenken. Die Planvorhaben der Gemeinden- insbesondere Darstellungen/Festsetzungen- sind oft von immissionschutzrechtlichem Belang und daher bei der Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Umwelt (LfU) als Genehmigungs-, Vollzugs- und Überwachungsbehörde sowie als beteiligte Behörde gemäß § 4 BauGB für das Plangebiet selbst und dessen Umgebung von Bedeutung.</p>	
209.2	Wasserwirtschaft	<p><u>Wasserwirtschaft</u></p> <p>Keine Betroffenheit durch die Planung</p>	Keine Abwägung erforderlich
408	Wasser- und Bodenverbund	<p>Grundsätzliche Einwände unseres Verbandes gegen den Bauungsplan Nr. 60, „Ziegeleiweg“, bestehen nicht.</p> <p>Das vorliegende Konzept zur Niederschlagswasserentsorgung berührt auch Belange unseres Verbandes. Die Planung sieht vor, anfallendes Niederschlagswasser der öffentlichen Straßen teilweise in den Graben L 093009 einzuleiten.</p> <p>Da zu gab es bereits eine grundsätzliche Abstimmung mit der IBS GmbH. Für die benannte Gewässerbenutzung (Niederschlagswassereinleitung) hat der Vorhabenträger eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Oberhavel zu beantragen.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände bestehen.</p> <p><b>Abwägungsvorschlag</b></p> <p><b>Keine Änderung der Planung</b></p>

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
507.1	Einleitung	<p>Niederschlagswasser der privaten Flächen muss grundsätzlich auf den betroffenen Grundstücken versickert oder genutzt werden.</p> <p>Vielen Dank für die Beteiligung an dem Vorhaben der Stadt Kremen. Es wird beabsichtigt, im Parallelverfahren, sowohl den Flächennutzungsplan der Stadt für den Planungsbereich zu ändern, als auch den, bereits 2005 vorgesehenen, Bebauungsplan Nummer 60 "Ziegeleiweg" Kremen umzusetzen.</p> <p>Vorgesehen ist die Bebauung mit Ein- und Zweifamilienhäusern um die Wohnsituation im Ort, in direkter Nähe zum Bahnhof, zu verbessern.</p>	<p>Die einleitende Beschreibung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b><u>Abwägungsvorschlag</u></b> <b>Keine Änderung der Planung</b></p>
507.2	Anpflanzung von einheimischen Gehölzen	<p>Die auf der Fläche befindlichen Bäume im nordöstlichen Planungsbereich sind zu erhalten und in die Planungen zu integrieren. Dies ist laut Unterlagen für einzelne Solitäräume (Stieleiche, Eschenahorn) vorgesehen. Zur Abschirmung der Bebauung zu den im Westen angrenzenden Obstbeständen soll eine 1,5 m starke Hecke gepflanzt werden. Diese Anpflanzung wird begrüßt, sie soll sich aus verschiedenen einheimischen Gehölzen zusammensetzen.</p>	<p>Die Zustimmung zu den grünordnerischen Festsetzungen wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><b><u>Abwägungsvorschlag</u></b> <b>Keine Änderung der Planung</b></p>
507.3	Pflanzung von Sträuchern	<p>Weiterhin sollte das neue Wohngebiet bereits in der Planungsphase durchgrünt werden. Zusätzlich sollte die Pflanzung von Sträuchern in den Planungen festgelegt werden. Bei der Vorgabe der Ersatzpflanzungen werden von uns einheimische Gehölze empfohlen. Die Berücksichtigung des Bienenschutzes bei der Auswahl der Gehölze wird empfohlen.</p>	<p>Durch die festgelegten Pflanzungen von Hecken sowie die Ausgleichsmaßnahmen im Kremmener Luch werden die entstehenden Eingriffe ausreichend kompensiert. Die festgelegten Maßnahmen sind ausreichend, so dass weitergehende Festsetzungen aus den entstehenden Eingriffen nicht ableitbar sind. Im Bebauungsplan ist eine Pflanzliste aus heimischen Gehölzen enthalten, in der auch Gehölze, die den Bienenschutz berücksichtigen, enthalten sind.</p> <p><b><u>Abwägungsvorschlag</u></b> <b>Keine Änderung der Planung</b></p>

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
507.4	Nist- und Brutkästen	Im artenschutzrechtlichen Beitrag wird auf die Nutzung der Planungsfläche durch Fledermäuse und Vögel hingewiesen. Die beabsichtigte Anbringung von Nist- und Brutkästen, sowohl an den vorhandenen Bäumen, als auch an den künftigen Gebäuden, wird begrüßt.	Die Zustimmung zu den Maßnahmen zum Artenschutz wird zur Kenntnis genommen. <b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung</b>
507.5	Zauneidechsen	Das Gelände weist geeignete Habitate für Zauneidechsen auf. Daher ist vor dem Beginn von Baumaßnahmen der Geltungsbereich durch einen Fachexperten auf potentielle Vorkommen zu untersuchen und sind ggf. geeignete Vermeidungs-, CEF- bzw. FCS-Maßnahmen vorzusehen. Die untere Naturschutzbehörde ist einzubeziehen, ggf. ist eine artenschutzrechtliche Ausnahme genehmigung zu beantragen.	Das Artenschutzgutachten (Anhang B zur Begründung) wurde auf S. 15 um Ausführungen zu möglichen Reptilien im Plangebiet erweitert: <i>"Bei den vielfachen Geländebegehungen gelangen keine Zufallsbeobachtungen von Reptilien. Auch ist der Lebensraum für das Vorkommen von Reptilien ungeeignet. Für das Vorkommen von Zauneidechsen fehlen unentbehrliche Teilebensräume: Die untersuchten Flächen sind zu dicht bewachsen, so dass keine exponierten Plätze für Sonnenbäder vorhanden sind. Andere Reptilienarten sind stark an Waldstrukturen (Blindschleiche) oder Gewässer (Ringelnatter) gebunden. So ist das Vorkommen von Reptilien entsprechend der Biotopanalyse und der vielfachen Begehungen auszuschließen. Darüber hinaus ist das Untersuchungsgebiet offensichtlich nicht mit anderen Vorkommensgebieten von Reptilien vernetzt."</i> Die Untere Naturschutzbehörde wurde an der Planung beteiligt. <b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung (nur Ergänzung der Begründung)</b>
507.6	Ausgleich	Da die vor Ort durchzuführenden Eingriffe nur durch Begründungen nicht auszugleichen ist, wird vom Vorhabenträger eine Umwandlung von Intensivgrünland Feuchtgrünland auf Flurstücken der Flächenagentur des Naturschutzfonds vorgeschlagen. Hierbei muss auch berücksichtigt werden, dass maßgeblich	Der Hinweis wurde bereits bei der Auswahl der Maßnahme berücksichtigt. <b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung</b>

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
507.7	Ausgleichsmaßnahmen	extensive Frischwiesen durch den Eingriff verlorengehen werden und daher auch dieser Biotoptyp ersetzt werden muss.  Im zu ändernden Flächennutzungsplan der Stadt Kremen sind sämtliche Ausgleichsmaßnahmen planerisch als Bestand festzuschreiben.	Die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen erfolgt in Abstimmung mit der Flächenagentur des Naturschutzfonds. Die Sicherung der Umsetzung erfolgt gemäß städtebaulichem Vertrag zwischen Vorhabenträger und der Stadt Kremen.  Sollten sich die Ausgleichsmaßnahmen im Stadtgebiet befinden, eine prägende Flächengröße aufweisen und eine Abweichung zur bisherigen Darstellung im Flächennutzungsplan darstellen, kann der Flächennutzungsplan entsprechend nachträglich geändert werden.  <b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung</b>
606	Nachbargemeinde	Vielen Dank für die Beteiligung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 60 "Ziegeleiweg" der Stadt Kremen und die Änderung des Teilflächennutzungsplanes für den betreffenden Bereich.  Sowohl zum Entwurf des o. g. Bebauungsplanes als auch zum Entwurf des zu ändernden Teilflächennutzungsplanes gibt es keine Anregungen oder Hinweise; unmittelbare Auswirkungen der Planung auf die Fontanestadt Neuruppin sind nicht erkennbar.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen bestehen sowie unmittelbare Auswirkungen der Planung auf die Gemeinde nicht erkennbar sind.  <b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung</b>

Belang-Nr.	Sachpunkt	Einwendungen, Anregungen, Hinweise	Sachaufklärung und Abwägung
<b>Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit</b>			
B.1	Niederschlagswasserentsorgungskonzept	In der Stadtverordneten Versammlung vom 16. Juni 2016 führte der Bürgermeister, Herr Klaus-Jürgen Sasse aus, dass gemeinsam mit dem Planer der Stadt und dem Planer des Investors laut vorheriger Zusammenkunft ein Neuer (Niederschlagsentwässerungsplan) zu erarbeiten ist, mit dem Inhalt zur Einleitung des Wassers in den Graben und der Weiterführung unter dem Bahnkörper in die Hörste. In der Auslegung war keine diesbezügliche Planungsänderung zu finden. Ich bitte um Prüfung und Erklärung.	Die Planunterlagen wurden für die Auslegung entsprechend den Festlegungen in der Stadtverordnetenversammlung erweitert. So wurden erneute Bodenbohrungen durchgeführt und das Baugrundgutachten ergänzt. Zudem wurde dem Fachgutachten zur Niederschlagsentwässerung Darstellungen der möglichen und umgesetzten Entwässerungsarten im Plangebiet beigefügt. <b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung</b>
B.2	Bodengutachten	In der SVV wurde die Erarbeitung eines neuen Bodengutachtens beschlossen. Der Diplomeologe Andreas Rott hat die hydrologische Untersuchung an drei Punkten durchgeführt. An diesen Punkten wurden ein Jahr zuvor durch Geo-Berlin Bohr GmbH Bohrungen durchgeführt. Beide Ergebnisse ähneln sich. Ich hatte eigentlich erwartet, dass wir als Anlieger und Abordnete des Bauhaupatausschusses daran teilnehmen und unsere Erkenntnisse Berücksichtigung gefunden hätten. Als direkter Anlieger von vier Grundstücken erwarte ich eine zentrale Einleitung der Niederschlagswasserentsorgung in den anliegenden Graben An der Mühle. Eine vernünftige und nachhaltige Lösung für alle Beteiligten sollte endlich in der Vorlage zum Satzungsbeschluss Berücksichtigung finden.	Das aktualisierte Baugrundgutachten sowie das ergänzte Fachgutachten zur Niederschlagsentwässerung wurden im Rahmen der Behördenbeteiligung durch sämtliche berührten Fachinstitutionen (Landkreis Oberhavel, Landesamt für Umwelt, Wasser- und Bodenverband) bestätigt. Die in der Planung vorgesehene Niederschlagswasserentsorgung ist damit als "vernünftige und nachhaltige Lösung" anzusehen. <b>Abwägungsvorschlag</b> <b>Keine Änderung der Planung</b>

